



SOFORTIGES ENDE DES KRIEGES

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine

Positionen des Landesbezirks Niedersachsen-Bremen zum Krieg in der Ukraine

Seit gut drei Wochen führt Russland nun schon Krieg in der Ukraine. Die Folgen sind dramatisch. Tote, Verwundete, zerstörte Häuser und Infrastrukturen, Millionen Menschen auf der Flucht, insbesondere Frauen und Kinder. Der russische Überfall und die erschütternden Bilder aus Kiew, Charkiw oder Mariupol machen uns fassungs- und sprachlos. Für uns Gewerkschafter*innen ist unser Mitgefühl bei den Menschen in der Ukraine, egal welcher Nation sie angehören. Unsere Solidarität ist aber auch bei den Menschen in Russland, die unter den Folgen des Krieges zu leiden haben und die voller Mut gegen das Putin-Regime auf die Straßen gehen.

Auch wenn es nicht der erste russische Überfall auf die Ukraine ist, und Putin bereits in der Vergangenheit zum Beispiel in Tschetschenien oder Syrien

militärisch vorgegangen ist, wird der skrupellose Überfall mit vielen Worten beschrieben: Zeitenwende, Angriff auf die europäische Friedensordnung, grundlegende Veränderung der Regeln des europäischen Miteinanders – und er stellt auch uns als ver.di vor viele neue Herausforderungen. Wie lassen sich die neuen Realitäten mit unseren Grundüberzeugungen in Einklang bringen? Sind unsere friedenspolitischen Grundzüge angesichts der russischen Aggression noch haltbar? Müssen wir uns möglicherweise zur Frage von Aufrüstung der Bundeswehr oder Waffenlieferungen neu positionieren?

Als Gewerkschafter*innen können wir entsetzt sein über den Krieg in der Ukraine und gleichzeitig die jetzt von der Bundesregierung geplanten massiven zusätzlichen Ausgaben für die Bundeswehr ablehnen. Wir können deutlich machen, dass wir es nicht nachvollziehen können, wenn in der Bundesrepublik

plötzlich über Nacht zu einer beispiellosen Aufrüstung übergegangen wird und dafür mal eben 100 Milliarden bereitgestellt werden. Denn auf diese Weise wird der Eindruck erweckt, die Militärausgaben in Deutschland bzw. der NATO seien bislang zu gering und mit höheren Ausgaben hätte der Krieg verhindert werden können. Wer die Militärausgaben der NATO-Staaten aber auch die in Russland kennt und miteinander vergleicht, weiß um die Absurdität solcher Argumente. Insofern sind wir alle gut beraten, trotz der aktuell sehr bedrohlichen Situation sachlich an die Fragen heranzugehen und nicht Gefahr zu laufen, in einen falsch verstandenen Nationalismus oder gar Militarismus zu verfallen.

Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI lagen die russischen Militärausgaben im vergangenen Jahr bei 61,7 Milliarden US-Dollar. Der Militärhaushalt der USA beträgt derzeit 778 Milliarden US-Dollar. Die gesamten Militärausgaben der NATO-Staaten zusammen belaufen sich auf über eine Billion Dollar. Der Verteidigungsetat in Deutschland beträgt aktuell jährlich etwas über 50 Milliarden Euro. Würde, wie bislang geplant, ab sofort das sogenannte NATO-2-Prozent-Ziel eingehalten werden, stiege die Summe, die der Bundeswehr jährlich zur Verfügung stehen würde auf 70 Milliarden Euro.

**„Der ver.di Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen
verurteilt am heutigen
Internationalen Tag
gegen Rassismus alle
Übergriffe auf
Flüchtenden aus der
Ukraine, egal welcher
Herkunft, auf das
Schärfste!“**

Die Bundeswehr hat kein Aufrüstungsdefizit, sie hat ein Ausrüstungsdefizit. Sie muss als Verteidigungs-

armee funktionieren und dafür ausgestattet werden. Eine Rechtfertigung für einen immer dauerhaft weiter steigenden Militärhaushalt ergibt sich daraus nicht.



Klar ist dagegen aber, dass jetzt genau darauf geachtet werden muss, wie die erforderlichen Mittel zu einer so gestalten Ausrüstung der Bundeswehr eingesetzt werden sollen. Gleichzeitig müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, unseren Anteil beizutragen, um für Frieden - einschließlich des sozialen Friedens - eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, sauberem Wasser und Energie, sowie für Klimaschutz in unserem Land, in Europa, aber auch in der Welt zu sorgen. Insofern ist das geplante Sondervermögen auf diese Gesamtausgaben auszurichten, denn auch das trägt zum Frieden bei und ist daher gut eingesetzt.

Zunächst aber gilt es, alle Möglichkeiten auszuerschöpfen, um einen schnellen Waffenstillstand und anschließende Waffenstillstandsgespräche zu initiieren, um dann den Krieg in der Ukraine schnell zu beenden, sowie den Menschen direkt zu helfen. Alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, egal welcher Herkunft, müssen ungehinderten Zugang zu allen Hilfsleistungen bekommen, denn sie alle haben ein Recht auf Schutz vor dem Krieg. Konkrete Hilfe benötigen auch die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine auch zu uns flüchten, bei der Integration in Kitas und Schulen oder dem Arbeitsmarkt.

Dabei vergessen wir nicht die, die in anderen Regionen der Welt unter Krieg leiden und vielfach auch auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sind. Wir verurteilen auch diese Kriege und setzen uns dafür ein, dass die Betroffenen gleichermaßen unterstützt werden.



UNSERE HILFE FÜR DIE MENSCHEN IN DER UKRAINE!

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen daher jetzt zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten geholfen werden kann. Der Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ hat dafür ein Spendenkonto eingerichtet:

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V.
Nord LB
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX
Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

Spenden können aber auch an andere humanitäre Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder das Deutsche Rote Kreuz. Auch die persönliche Unterstützung vor Ort in Zusammenarbeit mit Behörden und Initiativen ist möglich. Wir unterstützen und beteiligen uns an Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Krieg und für Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.